

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagshaus: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: 25 241
Kurs für Adressänderung: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1925 bei täglich ununterbrochener Zustellung frei Haus 1.70 Mark.
Anzeigen-Preise: 25 Wp. für 40 Wp. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt
15 Wp. außerhalb 25 Wp., die 90 mm breite Reklametexte 200 Wp., außerhalb
200 Wp. Cistenengebühr 50 Wp. Ausdrückliche Kaufpreise gegen Vorauszahlung.

Schiffverlag und Buchverlag: Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden
Postfach-Ronno 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wirth fordert das Vizekanzler-Umt.

Risse im kommenden Kabinett.

Die eben totgesagte Große Koalition ist schon wieder auferstanden: denn einer offenen Großen Koalition gleicht diese verkleidete Große Koalition in ihrer ganzen Zusammensetzung wie ein Ei dem andern. Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Sozialisten sitzen darin beieinander, und der Unterschied besteht lediglich darin, daß das Kind einen anderen Namen bekommen hat und daß keine koalitionsmäßigen Bindungen der Kabinettsmitglieder gegenüber den Fraktionen gegeben sind. Ob der gewählte Name eines Kabinetts der „Persönlichkeiten“ geschmackvoll ist, darüber wird man sehr verschiedener Meinung sein können. Das Urteil darüber, ob hervorragende Persönlichkeiten mehr in dieser Regierung vertreten sind als sie es in dem verflochtenen bürgerlichen Kabinett waren, wird man getrost dem gesunden Menschenverstand aller derer überlassen dürfen, welche die führenden Männer, ihren Wert und ihre Leistungen nicht nach irgendeinem parteipolitischen Linksmaßstab abzuschätzen gewohnt sind. Der Clou der neuen Regierung ist in der Befetzung des Innenministeriums durch Herrn Severing zu erblicken. Bei jeder Regierungskrise geht der Hauptkampf um das Innenministerium, da dieses Ressort mit seinen umfassenden Verwaltungsaufgaben gewissermaßen das Herz der gesamten Regierungsmaschine darstellt. Die Sozialdemokratie hat daher auch stets ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, überall, wo sie zur politischen Macht gelangte, sich in der inneren Position festzusetzen, vor allem in Preußen, wo sie seit 1921 in ununterbrochener Besetzung des Innenministeriums gewesen ist. Der erfolgreichste Inhaber dieses Ressorts in Preußen aber war gerade Karl Severing, dem es gelang, die ganze preussische Verwaltung in seinem Sinne aufzuschieben. Man kann ruhig sagen, daß noch kein sozialistischer Staatsmann in Deutschland in der Nachkriegszeit in ähnlich zielbewusster und durchgreifender Weise für seine Partei gewirkt hat, wie Severing. Er ist zweifellos der begabteste unter allen sozialistischen Führern und darf allein unter ihnen Anspruch auf den Titel einer Persönlichkeit machen. Das ist auch von seinen schärfsten Gegnern rückhaltlos anerkannt worden. So äußerte einmal der deutsch-nationale ehemalige Landtagsabgeordnete v. Herberich über ihn: „Der Reid muß ihm lassen, daß er nicht halb tut, daß er ein ganzer Kerl ist, daß er das, was ihm für seine Partei nützlich erscheint, rücksichtslos betreibt und durchzieht.“ Daß Severing auch als Minister immer in erster Linie sich als Sozialdemokrat fühlte und gibt, hat er selbst in einer Rede im Preussischen Landtag mit den Worten erklärt: „Ich, der Minister Severing, bin Sozialdemokrat und werde es bleiben. Suchen Sie bei meinen Parteifreunden einen besseren Sozialisten, als ich es bin — Sie werden keinen finden.“ In einer anderen Rede bezeichnete Severing als das beste sozialistische Klassenkampfmittel die Teilnahme an der Regierung durch Befetzung wichtiger Posten. Dieser Politiker, der auch die parlamentarische Rhetorik und Technik in seltenem Maße beherrscht und in der Debatte über eine ägende Schloßfreiheit verfügt, soll also nunmehr die Fäden der inneren Politik im Reich in die Hand nehmen. Man muß sich auf bürgerlicher Seite klar machen, was das bedeutet. Severing wird mit seiner ganzen Energie und Geschicklichkeit so handeln, daß er in dem Augenblick seines Rücktritts sagen kann: „Ich habe aus meiner Tätigkeit als Reichsinnenminister das Menschlichste an Vorteilen für die Sozialdemokratie herausgeholt.“ Daß dabei die bürgerlichen Interessen nicht auf ihre Kosten kommen können, ist leider nur zu einleuchtend. Die Gefahr für die bürgerliche Sache wird noch vergrößert durch den Umstand, daß bei der verschleierte Großen Koalition alle koalitionsmäßigen Bindungen der Kabinettsmitglieder fortfallen. Wenn solche Bindungen, wie es in einer offenen Koalition der Fall ist, für die Minister und für ihre Fraktionen bestehen, haben die einzelnen Minister wenigstens eine gewisse wenn auch beschränkte Rückendeckung. Andernfalls aber müssen sie auf Schritt und Tritt nach der Willensmeinung ihrer Fraktionen hinführen, deren bedingungslose Gefangene sie dann sind. Dieser Zustand wird sich vor allem bei der Sozialdemokratie, die am wenigsten durch Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit gehemmt ist, dahin auswirken, daß ihre Vertreter mit wachem Hochdruck bemüht sind, auf der ganzen Linie zu befriedigen. Was dabei für die Ressorts des Innern und der Finanzen herauszukommen droht, kann man sich im voraus ungefähr ausmalen. Auch der Führung des Reichskanzleramtes durch Herrn Müller-Franken läßt sich unter solchen Umständen kein beruhigendes Voroskop stellen. Und wenn dann vollends noch Herr Dr. Wirth, dem man den Beinamen des „katholischen Sozialdemokraten“ gegeben hat, den Vizekanzlerposten erhält, — was so gut als sicher ist —, dann wird die Vormachtstellung der Sozialdemokratie in dieser Koalition noch einen weiteren temperamentvollen Förderer finden, soweit man wenigstens aus dem früheren Verhalten Wirths schließen kann, das im wesentlichen gegen rechts gerichtet war. Daß gegen Wirth aber auch innerhalb der Sozialdemokratie Widerstände be-

Hindernisse noch im letzten Augenblick.

Die Persönlichkeiten.

Berlin, 26. Juni. Das neue Reichskabinett wird, nach den Informationen des heutigen Nachmittag, folgende Zusammenfassung haben:

- Reichskanzler: Hermann Müller (Soz.);
- Rechte Gebiete und Vizekanzler: Dr. Wirth (Zentr.);
- Inneres: Dr. Stresemann (D. Sp.);
- Arbeits: Dr. Brauns (Zentr.);
- Wirtschaft: Dr. Curtius (D. Sp.);
- Finanzen: Dr. Hilferding (Soz.);
- Justiz: Sängler (Soz.);
- Wehr: Dr. Gröner (-);
- Verkehr: v. Guérard (Zentr.);
- Ernährung: Dietrich-Baden (Dem.);
- Post: Schaezel (Bayr. Sp.).

Eine endgültige Entscheidung ist heute noch nicht gefallen. Es ist aber anzunehmen, daß, wenn morgen die Verhandlungen ihr Ende erreichen, sich am Gesamtbilde des „Kabinetts der Persönlichkeiten“ nichts Wesentliches ändern wird.

Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, soll nach dem Wunsche des Abg. v. Guérard aus dem Ministerium für die besetzten Gebiete

ein Ministerium der bedrängten Grenzgebiete

werden, so daß auch die Grenzgebiete im Osten einbezogen werden, schon damit die in der letzten Zeit immer stärker hervortretenden Gegensätze bei der staatlichen Unterstützung der westlichen und östlichen Grenzgebiete einen besseren Ausgleich finden können.

Ueber die Schwierigkeiten, die heute gegen Abend auf tauchten, als man unmittelbar vor der endgültigen Entscheidung zu stehen wählte, unterrichtet die folgende Meldung:

Die Scheu der Sozialdemokraten vor Wirths Temperament.

(Drahtmeldung unterer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 26. Juni. Die Bildung des neuen Kabinetts ist, nachdem es gestern so schien, als ob das Eingreifen Dr. Stresemanns die letzten Schwierigkeiten beseitigt hätte, erneut auf Hindernisse gestoßen, die ihren Grund vor allem in dem Bestreben des Zentrumsabgeordneten Dr. Wirth, wieder eine maßgebliche politische Rolle zu spielen, haben. Dr. Wirth hat auch in der heute nachmittag abgehaltenen Fraktionsführung des Zentrums mit allem Nachdruck erklärt, daß er es für unter seiner Würde halte, ein politisch belangloses Ministerium zu leiten. Er beantrage einen Posten, der ihm entscheidenden Einfluß auf die Handlungen des künftigen Kabinetts ermögliche. Dr. Wirth erklärte ferner, daß es dem Zentrum doch nur angenehm sein könne, wenn eines seiner Mitglieder in dem neuen Kabinett, das vielfach als rein sozialdemokratisch verstanden werde, entscheidend mitwirke, denn auf diese Weise werde doch auch die Möglichkeit geboten, den Zentrumsanhängern im Lande zu zeigen, daß das Zentrum durch die Teilnahme an der jetzt verflochtenen Reichsregierung in keiner Weise einseitig belastet sei, sondern daß es nach wie vor die Partei sei, bei der vor allem der katholische Arbeiter sein Recht finde.

Diese Argumentation scheint auf die Zentrumsfraktion nicht ohne Einfluß geblieben zu sein, denn die Fraktion hat sich jetzt die Forderung Dr. Wirths zu eigen gemacht und verlangt von dem Abg. Müller-Franken, daß er dem Abg. Wirth die Vizekanzlerschaft einräume. Nun haben sich aber bei den Sozialdemokraten gewisse Widerstände gegen so weitgehende Forderungen des Zentrums bemerkbar gemacht, da man in der Sozialdemokratie nicht mit Unrecht fürchtet, daß der dem

sozialdemokratischen Reichskanzler an politischer Intelligenz weit überlegene Dr. Wirth den Genossen Müller-Franken an die Wand drücken könnte und daß sich so die Tatsache ergäbe, daß das Kabinett Müller-Franken in Wahrheit ein Kabinett Dr. Wirths wäre. Der Abg. Müller hat bis jetzt noch an seiner Auffassung, daß ein Vizekanzlerposten überflüssig sei, festgehalten. Auf der anderen Seite hält aber das Zentrum daran fest, daß seinem temperamentvollen Mitgliede Gelegenheit gegeben werden müsse, seine Temperamente sozulagen wieder einmal auszutoben. Es wird dem Abg. Müller-Franken schließlich wohl nichts anderes übrigbleiben, als sich dem Nachwillen Dr. Wirths und des hinter ihm stehenden Zentrums zu beugen.

Der Abg. Müller-Franken sah sich schließlich genötigt, seinen für heute abend 7 Uhr beim Reichspräsidenten vorgesehenen Besuch abzusagen, da er noch nicht in der Lage war, eine fertige Ministerliste unterbreiten zu können. Eins zu kam noch, daß die Deutsche Volkspartei den Abg. Müller-Franken wissen ließ, daß sie es gern sehen würde, wenn er, ehe er dem Reichspräsidenten endgültige Vorschläge mache, noch das Ergebnis der Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei abwartet.

Daß man Herrn Wirth nicht von Anfang an ein politisches Ministerium überantworten mochte, lag daran, daß zunächst einmal das Zentrum zu zweifellos befürchtete, Wirth könnte weiter nach links reiten, als dem Zentrum lieb wäre. Nachdem nun aber Herr Wirth seine Fraktion beruhigt hat, daß er im großen und ganzen den Zentrumskurs verfolgen werde, hat sich das Zentrum abgefunden. Anders aber ist es für die Deutsche Volkspartei, für die ein Kabinett mit einem Sozialdemokraten als Reichskanzler und einem Dr. Wirth als Vizekanzler doch zu stark nach links neigen müßte. Ob die Deutsche Volkspartei aus dieser Lage Schlussfolgerungen ziehen und Vorbehalte formulieren wird, steht zurzeit noch ganz dahin.

Der Abg. Müller-Franken empfing im Laufe des heutigen Nachmittags nacheinander die vom Zentrum präsentierten Ministerkandidaten zu persönlicher Besprechung, nämlich die Abg. Dr. Brauns, v. Guérard und Dr. Wirth. Man erwartete eine Entscheidung von der Fraktion des Zentrums, die um 6 Uhr nachmittags zusammentrat und ursprünglich bis um 7 Uhr eine Entscheidung über ihre Ministerkandidaten treffen soll. Die Fraktionsführung zog sich aber noch bedeutend länger hin, und inzwischen trat auch der Vorstand der Zentrumsfraktion zusammen. Um 7 Uhr wollte auch die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Sitzung beginnen, mußte aber den Anfang derselben verlegen, weil sie auf die Entscheidung des Zentrums warten wollte. Das Zentrum vertagte seine weiteren Verhandlungen auf Mittwoch vormittag.

Ueber die heutige Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wird von Seiten der Fraktion noch ein Bericht ausgegeben, in dem mitgeteilt wird, daß die Fraktion einen Vortrag des Abg. Müller-Franken über die im Laufe des Tages stattgefundenen Verhandlungen entgegengenommen habe. Einen formellen Beschluß hat die Fraktion nicht gefaßt. Man läßt auf sozialdemokratischer Seite durchblicken, daß in den Verhandlungen, die am Mittwoch vormittag mit dem Zentrum fortgesetzt werden sollen, eine Klärung zwischen den entgegengesetzten Auffassungen über die Bedeutung des Vizekanzlerpostens zu erreichen sein wird, was wohl so viel heißen soll, als daß der Abg. Müller-Franken sich eben den Forderungen Dr. Wirths und des Zentrums beugen wird.

Beginn der Koalitionsverhandlungen in Bayern.

München, 26. Juni. Am Dienstaachmittag haben in Bayern die Koalitionsverhandlungen begonnen. Die Unterhändler der Bayerischen Volkspartei sind zunächst an die Deutsch-nationale Volkspartei herangetreten. Mit dem Bauernbund wurde noch nicht Fühlung genommen. Dieser läßt inzwischen erklären, daß er sich an der neuen Koalition überhaupt nicht beteiligen werde, wenn er nicht wieder das Landwirtschaftsministerium bekomme.

stehen, das haben die Verhandlungen des Dienstag-Spätachmittag deutlich genug gezeigt. Kommt es also zur Auseinandersetzung in der Regierung über die schwebenden Fragen, so besteht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß es infolge des mit elementarer Notwendigkeit von der sozialistischen Herrschbegier herausgeforderten bürgerlichen Widerstandes genau so gehen wird, wie bei der kurzlebigen Großen Koalition des Jahres 1923, von der ein bürgerlicher Teilnehmer später aus der Schule plauderte, daß in den drei Monaten ihres Bestandes auch nicht einen einzigen Augenblick volle Uebereinstimmung unter den Mitgliedern zu erzielen gewesen sei, da die Sozialisten stets ihre besonderen Wege gegangen seien. Ob es diesmal anders werden wird? Wer leben wird, wird sehen!

Die bindungslose verkleidete Große Koalition steht auf so unsicheren Füßen, daß es sehr erklärlich ist, wenn das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei ihr nur einen provisorischen Charakter beimißt und in kurzer Zeit den Zwang zu einer festen koalitionsmäßigen Bindung der Fraktionen

kommen sieht. Für diesen Fall gibt das genannte Organ die bestimmte, wohl anzumerkende Erklärung ab, daß die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu einer Umwandlung der verschleierte in eine offene Große Koalition nur zu haben sein werde, wenn vorher die preussische Frage eine befriedigende Regelung erfahren habe. Das ist zu begründen, wenn dann im entscheidenden Augenblick dieser Standpunkt auch unerbittlich festgehalten wird mit der Konsequenz der eventuellen Sprengung der Koalition. Zunächst muß leider festgestellt werden, daß der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei, der zuerst in der Preußenfrage eine so erfreuliche Festigkeit zeigte, inzwischen wieder in den Dintergrund gedrängt worden ist, da es sonst doch nicht möglich gewesen wäre, daß man der verschleierte Großen Koalition gegenüber die Preußenfrage mit einem Male ganz von der Bildfläche verschwinden ließ. Der Anfang ist also nicht weniger als verheißungsvoll. Vorläufig gibt es Schonzeit. Die entscheidenden Proben auf die Lebensfähigkeit dieser neuen Regierung stehen erst im Herbst und Winter bevor.